

„Schweizer *Volksinitiative gegen Kriegsgeschäfte* bekämpft Fluchtursachen“

? Wussten Sie, dass die **Schweiz** an der **Weltspitze** der **internationalen Vermögensverwaltung** steht und zu den führenden Staaten in Bezug auf **Waffenverkäufe pro Einwohner** gehört?

Und

? wussten Sie, dass Schweizer Großbanken und weitere Kapitalmarktteilnehmer, wie Stiftungen, Versicherungen und Kantonalbanken, Investitionen in Rüstungskonzerne bzw. sogar in Unternehmen, die Atomwaffen produzieren, tätigen?

Ein Grund, mit dieser *S&G-Ausgabe* (Nr. 45/2017) genauer hinzusehen!

❖ Denn zugunsten von Milliardengewinnen begehen Finanz- und Rüstungsinstitutionen sowie staatliche Organe massive Rechtsbrüche.

→ **Es muss auch davon ausgegangen werden, dass mit Schweizer Kriegsmaterial völkerrechtswidrige Kriegsverbrechen begangen werden.**

Einen Lichtblick gibt dagegen die eidgenössische Volksinitiative „*Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten*“.

Erfahren Sie mehr darüber im nachfolgenden Artikel

→ „*Schweizer Kriegsgeschäfte-Initiative bekämpft Fluchtursachen*“.

Auch mit dieser S&G-Ausgabe bieten wir Ihnen die Möglichkeit, die Wahrheit laut werden zu lassen! ER lohnt sich auch für alle Nicht-Schweizer-Bürger.

- **Bitte drucken Sie die Nachfolgeseiten aus und tragen Sie dadurch zu deren Verbreitung bei. DANKE!**

Ihr S&G-Team

>>>

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTICH
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

~ AUSGABE 45/2017 ~
SCHWEIZER FINANZPLATZ &
WAFFENEXPORTE



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

Die Schweiz verfügt mit Zürich, Genf, Basel und Lugano über einige der bedeutendsten Finanzzentren der Welt. Laut dem Schweizer „Tages Anzeiger“ vom 1.9.2017 beträgt das aktuell in der Schweiz verwaltete Vermögen 6.651 Mrd. CHF. Mit einem Marktanteil von 25 % des weltweiten Vermögensverwaltungsgeschäftes ist die Schweiz die wichtigste Akteurin in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung. Schweizer Banken, Pensionskassen, Versicherungen – wie die obligatorische Rentenversicherung AHV – und andere Finanzinstitute tragen eine große Verantwortung im Umgang mit den ihnen anvertrauten Geldern. Auch in einer weiteren Sparte, in der es ebenfalls um eine riesige Menge Geld geht, gehört die Schweiz zu den führenden Staaten weltweit: nämlich nach Israel und Schweden zu den größten Waffenverkäufern pro Kopf der Bevölkerung.

In dieser S&G geht es darum, wie Schweizer Finanzinstitute und Rüstungsbetriebe ihre Verantwortung gebrauchen – oder besser gesagt, missbrauchen. [1]

Die Red. (dd./db.)

Schweizer Finanzplatz finanziert Atomwaffen

acc. Über den Schweizer Finanzplatz werden Milliardenbeträge investiert und angelegt. Ein Teil dieses Geldes fließt in Unternehmen, die Kriegsmaterial produzieren wie Atomwaffen, biologische und chemische Waffen und Streumunition. Unter die wichtigsten Akteure fallen die beiden Großbanken CS und UBS, die im Jahr 2015 gemäß einer Studie* mit 1,0 bzw. 5,6 Mrd. CHF an Produktionsfirmen von nuklearen Rüstungsgütern beteiligt gewesen seien. Die NZZ (Neue Zürcher Zeitung) am Sonntag publizierte am 20.8.2017, dass die Schweizerische Nationalbank 1,2 Mrd. CHF in US-Unternehmen anlegte, die Nuklearwaffen produzieren.

Zudem sei gemäss Medienmitteilung des Bündnis „für ein Verbot von Kriegsgeschäften“ davon auszugehen, dass zwischen vier und zwölf Mrd. CHF aus schweizerischen Pensionskassen in Rüstungskonzernen fließen. Neben diesen Hauptakteuren gibt es weitere Kapitalmarktteilnehmer wie Stiftungen, Versicherungen und Kantonalbanken, die Investitionen in Rüstungskonzerne tätigen. Die oben genannten Beispiele machen deutlich, welch horrendes Ausmaß Kriegsgeschäfte in der Schweiz annehmen – warum erfolgt in den Medien, die davon berichten, kein Aufschrei? [2]

*der Organisation „Don't Bank on the Bomb“ („Baue nicht auf die Bombe“)

„Es ist eine Heuchelei, wenn wir noch sagen, wir seien neutral!“

Louise Schneider, 86-jährige Schweizer Friedensaktivistin

Missachtung des Kriegsmaterialgesetzes

brö. Im Schweizer Kriegsmaterialgesetz steht in Art. 8, dass die direkte und indirekte Finanzierung der Entwicklung, der Herstellung oder des Erwerbs von verbotenem Kriegsmaterial (ABC-Waffen) klar untersagt ist. Dennoch besaß 2015 die Schweizer Bank UBS Anteile von 532 Mio. USD an Lockheed Martin. Lockheed Martin ist das größte Rüstungsunternehmen der Welt. Die Vereinigten Arabischen Emirate bombardierten mit von Lockheed Martin produzierten F-16-

Kampffjets Stellungen in Syrien und im völkerrechtswidrigen Jemenkrieg. Die Schweizerische Nationalbank erhöhte 2014 ihre Anteile an den Rüstungskonzernen Lockheed Martin und Honeywell auf 66 Mio. bzw. 43 Mio. CHF. Honeywell stellt 85 % der nichtnuklearen Komponenten der US-amerikanischen Atomwaffen her. Offensichtlich braucht man sich als millionenschwerer Investor oder sogar staatliche Instanz nicht an Gesetze zu halten. [4]

Ethikkodizes nur Imagepflege?

db./ea. Banken wie z.B. die Schweizerische Nationalbank (SNB) haben sogenannte Ethikkodizes (ethische Grundsätze),

welche Investitionen in Anlageprodukte der nuklearen Rüstungsindustrie ausschließen. Im Geschäftsbericht 2013 hat die

Schweizer Kriegsgeschäfte-Initiative bekämpft Fluchtursachen

rku. Seit dem Zweiten Weltkrieg waren noch nie so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Die Rüstungsindustrie profitiert von Kriegen und heizt diese mit ihren Waffenlieferungen zusätzlich an. Nun wurde eine eidgenössische Volksinitiative gestartet, die unter anderem die Fluchtursachen bekämpft, indem sie für weniger Waffenlieferungen in Kriegsgebiete sorgt. Die Initiative „Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten“ verlangt ein Finanzierungsverbot für die Produktion von Atomwaffen, Streumunition und Antipersonenminen. Nach dieser Initiative dürfte der Schweizer Finanzplatz überhaupt nicht mehr in die Rüstungsindustrie investieren. Unterschriftenbögen für Schweizer Bürger können auf <https://kriegsgeschaeft.ch> bezogen werden (Ablauf der Sammelfrist 11.10.2018). [3]

SNB angekündigt, dass sie nicht mehr in fragwürdige Rüstungstitel investiert. Aus den Anlagepositionen der Nationalbank vom August 2014 ging jedoch hervor, dass die SNB Aktien von mehreren US-Rüstungskonzernen im Wert von über 250 Millionen Franken hielt. Diese hat sie selbst zwar nicht veröffentlicht, musste sie aber in den USA den Behörden melden. Demzufolge kann zu Ethikkodizes gesagt werden: Außer Imagepflege nichts gewesen! [5]

Quellen: [1] www.swissbanking.org/de/finanzplatz/finanzplatz-in-zahlen/der-schweizer-bankensektor-1 | www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=23591

[2] https://kriegsgeschaeft.ch/wp-content/uploads/2017/05/Medienmappe_Kriegsgeschaeft-Initiative_DE.pdf | http://dontbankonthebomb.com/wp-content/uploads/2016/12/2016_Report_final.pdf | NZZ am Sonntag, 20.08.2017: «Nationalbank: Milliarden in Atomaktien» [3] <https://kriegsgeschaeft.ch/der-initiativtext/> | https://kriegsgeschaeft.ch/wp-content/uploads/2017/05/Medienmappe_Kriegsgeschaeft-Initiative_DE.pdf [4] www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19960753/index.html | https://kriegsgeschaeft.ch/wp-content/uploads/2017/05/Medienmappe_Kriegsgeschaeft-Initiative_DE.pdf | www.ipnw.de/commonFiles/pdfs/Atomwaffen/herstellerfirmen_ueberblick.pdf | www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/Nationalbank-investiert-in-zweifelhafte-Ruestungsfirmen/story/20449628 [5] www.schweizamwochenende.ch/wirtschaft/die-nationalbank-investiert-in-fragwuerdige-ruestungsfirmen-131058576

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress –

Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!

Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzaufsatz an SuG@infopool.info

Bundesrat umgeht Kriegsmaterialverordnung!

srz. Die Kriegsmaterialverordnung (KMV) vom 25.2.1998 definiert, dass die Schweiz kein Kriegsmaterial an Staaten liefern darf, die in Kriege verwickelt sind. An der Pressekonferenz der Bundesbehörde SECO* in Bern am 21.2.2017 wurde die Frage gestellt, weshalb im Jahr 2016 dennoch Waffenexporte an kriegsführende Staaten bewilligt wurden. Simon Plüss vom SECO erklärte, der Bundesrat habe dieses Gesetz bis heute so ausgelegt, dass sich ein Waffenlieferungsverbot nur auf Staaten mit

internen Konflikten (Bürgerkrieg) beziehen würde. Doch der Artikel 5 der Kriegsmaterialverordnung spricht eine unmissverständliche Sprache: „Auslandsgeschäfte und Abschlüsse von Verträgen nach Artikel 20 KMG werden nicht bewilligt, wenn das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist.“ Soll weiterhin geduldet werden, dass geltendes Gesetz dem Reiz lukrativer Auslandsgeschäfte untergeordnet wird? [6]

*Staatssekretariat für Wirtschaft

Arbeitsplätze zum Preis einer humanitären Katastrophe

sph. Eigentlich hat der Bundesrat einen faktischen Rüstungsstopp gegen kriegsführende Länder verhängt. Trotzdem will die Sicherheitspolitische Kommission (SiK) des Nationalrats Rüstungsexporte in Staaten, die in den Jemen-Konflikt verwickelt sind, nicht verbieten, wie SRF am 17.2.2016 berichtete. Konkret geht es um Saudi-Arabien und Katar, die den Jemen bombardieren. Im Jemen findet eine der größten humanitären Katastrophen weltweit statt! Die Schweiz liefert an Saudi-Arabien Munition für Flugabwehrgeschütze. Zusätzlich sollen Schützenpanzer an arabische Golf-

staaten geliefert werden. Wirtschaftsverbände wie Swissmem oder der Gewerbeverband betonen in einem offenen Brief, wie bedeutend solche Rüstungsgeschäfte seien. „Es geht ja auch um Arbeitsplätze“, sagte Corina Eichenberger, Präsidentin der SiK. Zudem seien solche Aufträge für den Erhalt von Know-how bei der Herstellung von Rüstungsgütern von Bedeutung. Die Gegenargumentation der Grünen und Linken, dass man durch die Rüstungslieferungen den Konflikt und damit auch die Flüchtlingsströme aufrecht erhalte, war beschämenderweise nicht mehrheitsfähig. [8]

Schweizer Waffen an zahlreichen Fronten

anh. Deutschland ist seit Jahren einer der besten Kunden der Schweizer Rüstungsindustrie. Im Rahmen der NATO leistete Deutschland mit in der Schweiz hergestellten Waffen Kriegsdienst im Kosovo-, Irak- und Afghanistankrieg. Im Jahr 2014 lieferte die deutsche Tochter der RUAG Holding AG* den kurdischen Peschmerga-Kämpfern im Irak vier Millionen Schuss Munition. Die bundeseigene RUAG Holding AG gilt als die größte Munitionsherstellerin in Europa. 2013 erzielte sie einen Umsatz von 354 Millionen Franken. Durch Gewehr- und andere Munition

für Kleinwaffen kommen in Konflikten weltweit mehr Menschen ums Leben, als bei Bombardierungen und Kämpfen mit schweren Waffen. Da die Exportkontrolle der deutschen Behörde obliege, erklärte sich das Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) als nicht verantwortlich. Der Tatvorwurf „Beihilfe zum Mord“ dürfte dennoch nur schwer von der Hand zu weisen sein (siehe Artikel 6). [10]

*Zusammenschluss der ehemaligen Rüstungsbetriebe des Schweizerischen Bundes in einer privatrechtlichen Aktiengesellschaft. Die Aktien befinden sich voll umfänglich im Eigentum der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Justiz ignoriert gesetzwidrige Waffenexporte

uzu. Der kürzlich verstorbene Jurist Christoph Bürki machte immer wieder auf die strafrechtliche Verantwortung bei Rüstungsexporten aufmerksam. Für Waffenlieferungen sei das Strafrecht nicht einfach außer Kraft gesetzt. Unter Art. 25 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) fielen Delikte wie Beihilfe zum Mord, zu vorsätzlicher Tötung, zu schwerer Körperverletzung und zu schwerer Sachbeschädigung. Diese Verbrechen seien laut Art. 101 StGB sogar unverjährbar. Es handle sich dabei

um sogenannte *Offizialdelikte**, die von der Justiz geahndet werden müssten. In der Realität sieht es anders aus. Laut der offiziellen Statistik des Bundes wurden von 1975 bis 2016 für 17,5 Milliarden Franken Waffen aus der Schweiz exportiert – zum großen Teil an Kriegsparteien! Welche Anstöße wären nötig, damit die Justiz nicht länger gesetzeswidrige Waffenexporte an kriegsführende Staaten ignoriert? [7]

*Straftat, die von der Strafverfolgungsbehörde von Amtes wegen verfolgt werden muss, wenn sie ihr zur Kenntnis gelangt.

„Waffenfabrikanten die Kriegsgeräte verkaufen und Politiker und Funktionäre die Rüstungsexporte ihren Segen geben, sind haftbar für ihr Tun, so gut wie der kleine Mann der einem Terroristen eine Pistole verkauft.“ Christoph Bürki, Schweizer Jurist

Für 411.938.930 CHF Kriegsmaterial exportiert

srü. Im Jahr 2016 exportierte die Schweiz Kriegsmaterial im Wert von total 412 Mio. CHF an Staaten wie zum Beispiel Deutschland (93 Mio.), Südafrika (51 Mio.), USA (32 Mio.), Pakistan (25,5 Mio.) oder Saudi-Arabien (12 Mio.). Die Exportschlager waren verschiedene Munitionsarten und Flugabwehrkanonen. Unter den insgesamt 70 Empfängerstaaten sind auch solche ver-

treten, die aktuell im Krieg stehen oder Menschenrechte mit Füßen treten. Es muss also davon ausgegangen werden, dass mit Schweizer Kriegsmaterial völkerrechtswidrige Kriegsverbrechen begangen werden. [9]

Kriegsmaterial nach Südafrika fragwürdig?!

mep. Südafrika war 2016 der zweitbeste Kunde der Schweizer Rüstungsindustrie und kaufte für 51,3 Mio. CHF Feuerleitgeräte und Ersatzteile für die Flugabwehr. Im Gegensatz zu anderen Staaten wird Südafrika nicht militärisch bedroht und hätte anderes nötiger, als von der Schweizer Rüstungsindustrie „Rheinmetall“ Kriegsmaterial zu kaufen. In Südafrika leben viele Menschen in großer Armut und erhalten oft keine medizinische Hilfe, wenn sie krank sind. Armut und Krankheit lässt sich nicht mit Kanonen und Granaten aus Zürich bekämpfen. [11]

Schlusspunkt •
Ita. Norwegens staatliche Pensionskasse verkaufte aus „ethischen Gründen“ milliarden schwere Finanzanlagen. Die Beteiligung an der israelischen Firma Elbit Systems habe ein inakzeptables Risiko dargestellt, argumentierte Finanzministerin Kristin Halvorsen. Die Regierung handelte auf Empfehlung eines Ethikausschusses. Ebenfalls wurden Anteile von anderen internationalen Firmen verkauft, die Streumunition herstellen. Die Schweiz, als größter und wichtigster Finanzplatz der Welt, spielt beim Verkauf von Waffen, die in Kriegsgebieten Menschen töten, eine entscheidende Rolle. Zeit, dass auch sie dem Vorbild Norwegens folgt und ihre „Neutralität“ demonstriert. [12]

Quellen: [6] Neue Zürcher Zeitung, 22.02.2017: «Die heiklen Waffenexporte» von Hansueli Schöchli | www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=23591 [7] www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19370083/index.html | www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=23591 [8] www.srf.ch/news/schweiz/waffenexport-in-den-nahen-osten-bringt-bundesrat-unter-druck | www.klagemauer.tv/10381 [9] www.seco.admin.ch/seco/de/home/seco/nsb-news/mediennachrichten-2017.msg-id-65703.html [10] www.ag-friedensforschung.de/themen/Terrorismus/bundestag.html | https://de.wikipedia.org/wiki/Bürgerkrieg_in_Syrien#Deutschland | www.blick.ch/news/schweiz/ruag-liefert-kugeln-in-den-irak-schweizer-munition-gegen-is-terroristen-id3110049.html | www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=23591 [11] www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=23591 [12] <http://derstandard.at/1250691946039/Norwegens-Pensionskasse-verkauft-aus-ethischen-Gruenden-Anteile-an-israelischer-Firma>

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 6.10.17

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan

Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



www.anti-zensur.info



www.klagemauer.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv